



Interviews

Datum: 09. Juni 2023

Omid Nouripour im Gespräch mit Sandra Schulz

Sandra Schulz: Über die Einigung von gestern kann ich jetzt mit dem Grünen-Co-Parteichef sprechen. Schönen guten Morgen, Omid Nouripour.

Omid Nouripour: Schönen guten Morgen.

Schulz: Hat Nancy Faeser in Luxemburg gestern im Sinne der gesamten Bundesregierung gestimmt?

Nouripour: Es gab am Ende des Tages ein Ergebnis. Sie hat darüber informiert und es ist innerhalb der Bundesregierung darüber gesprochen worden, und sie hat nicht nur für sich abgestimmt, ja.

Schulz: Aber die deutsche Position war eigentlich, die Familien aus den Grenzverfahren rauszuhalten, und überhaupt haben die Grünen diese Asylprüfungen an den EU-Außengrenzen immer abgelehnt. Warum ist das jetzt doch okay für Sie?

Nouripour: Es ist erstens notwendig zu verstehen, dass wir von einem Status quo kommen, der nicht haltbar ist. Die Situation an den Außengrenzen ist unerträglich.

Zweitens ist es notwendig gewesen, dass man miteinander verhandelt und spricht. Und es ist ja bekannt: Wie oft ist denn das Wort „europäische Lösung“ bemüht worden in den letzten Jahren? Fast ein Jahrzehnt lang ist das diskutiert worden. Am Ende des Tages ging es darum, dass man jetzt substantiell vorankommt.

Drittens ist das, was passiert, etwas, was aus unserer Sicht alles ist, nur nicht schön, und es geht darum, dass wir rechtsbasiert handeln, und das wird die Grundlage für alles sein und muss auch die Grundlage für alles sein. Wir sind Rechtsstaaten, wir sind Demokratien. Die

Europäische Union ist stolz darauf, genau der eine Raum zu sein, bei dem diese rechtsbasierte Herangehensweise zentral ist. Entscheidend ist, ob es materiell Verbesserungen gibt, ob es signifikante Verbesserungen gibt für die Leute, die wir in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit schieben wollen, nämlich diejenigen, die Schutz suchen. In der Gesamtabwägung sind wir Grüne uns nicht einig, aber unter dem Strich ist das etwas, wo nicht nur meine Person, sondern auch beispielsweise die Außenministerin Annalena Baerbock, die ja mit federführend für diesen Bereich ist, zu dem Ergebnis gekommen ist, es gibt eine materielle Verbesserung. Die ist es wert, dass man es versucht.

Schulz: Was bei Ihnen in Ihrer Partei los ist, das sortieren wir gleich. Einen Punkt will ich noch kurz verstehen. Sie sprechen von rechtembasiert und es zeichnet sich jetzt aber ab, dass mit diesen Grenzverfahren für Familien auch Kinder in haftähnliche Einrichtungen kommen können, obwohl die Kinderrechtskonvention es ja verbietet, Kindern willkürlich die Freiheit zu entziehen. Wie kommt das zusammen?

Nouripour: Das ist eine Ausgestaltungssache, über die wir noch sehr, sehr hart werden miteinander sprechen müssen innerhalb der Europäischen Union. Wir haben stets gedrängt, dass Familien komplett ausgenommen werden, dass schutzbedürftige Gruppen nicht in diese Grenzverfahren reinkommen. Das ist nicht erreicht worden.

Erreicht worden ist, dass unbegleitete Minderjährige nicht reinkommen und dass für die anderen Gruppierungen es auch etliche Ausnahmetatbestände geben muss, und es wird neutralgisch sein, über die Ausgestaltung dieser Fazilitäten, in denen das Grenzverfahren läuft, sehr klare Standards zu bekommen.

Schulz: Aber wie soll diese Ausgestaltung aussehen?

Nouripour: Die Frage ist ja, wie genau sieht die Einrichtung aus. Das ist nicht gesetzt. Nancy Faeser hat gestern gesagt, die Standards seien komplett klar und gesetzt und das würde anders verlaufen als die Situation, die wir zurzeit haben. Es geht nicht darum, dass wir jetzt quasi Moria legalisieren. Es geht nicht darum, dass wir jetzt viele Morias schaffen. Es geht darum, dass die geordneten Verfahren in Einrichtungen laufen, die keine Knäste sind, sondern in denen die Kinder ihren Rechten auch zugeführt werden.

Schulz: Da sind jetzt bestimmt alle Kritikerinnen und Kritiker total gespannt.

Nouripour: Ich auch, weil wir haben ja erlebt in den letzten Jahren, dass einzelne Mitgliedsstaaten da Recht und Gesetz auch komplett weggelegt haben und ganz andere Verhältnisse haben einziehen können. Deshalb sage ich ja, dass die Innenministerin das gesagt hat. Die Umsetzung ist aber aus meiner Sicht mitnichten bisher gegeben und deshalb muss man sehr, sehr genau darauf achten.

Schulz: Das haben Sie noch auf dem Schirm. – Jetzt das interessante Bild. Sie haben gerade erklärt und dargelegt, warum Sie denken, diese Einigung ist unterm Strich okay. Ganz anders sieht das ja Ihre Co-Parteichefin. Ricarda Lang schreibt auf Twitter, unterm Strich hätte Deutschland dieser Einigung nicht zustimmen dürfen. – Eine Parteispitze, zwei Meinungen. Geht das?

Nouripour: Das geht aus verschiedensten Gründen. Erstens haben wir gestern, nicht nur gestern, aber gestern den ganzen Tag zusammengesessen und uns miteinander angeschaut, wo die Reise hingeht, und haben auch bei der Einschätzung der Einzelmaßnahmen sehr, sehr große Übereinkunft, nicht nur Ricarda Lang und ich, sondern wir in der Breite dieser Partei. Es ist nicht so, dass die einen Grünen finden, das eine ist super, und die anderen sagen, dass ist doof. Super findet sowieso niemand, was hier gerade passiert. Aber die Gesamtabwägung ist eine, wo wir zu verschiedenen Ergebnissen kommen. Wir haben das miteinander diskutiert in der üblichen Kollegialität und in der Art, wie wir miteinander respektvoll umgehen, und ich glaube und bin stolz, sagen zu können, dass nicht nur zwischen Ricarda und mir in den letzten eineinhalb Jahren, in denen wir wirklich durch viele, viele schwierige Situationen gegangen sind, sehr, sehr viel Vertrauen gewachsen ist, worauf wir jetzt auch aufbauen. Wir sind die Grünen, das eine Thema ist für uns von zentraler Bedeutung. Es ist nicht irgendein Thema und dementsprechend haben wir beschlossen, wenn wir jetzt nicht gleiche Einschätzungen haben, versuchen wir, nicht mit merkwürdigen Formelkompromissen jetzt mal darüber hinwegzuschwurbeln, sondern wir machen das geradeaus nach vorne.

Schulz: Wobei zwei unterschiedliche Meinungen dann vielleicht auch ein bisschen komisch sind für alle Wählerinnen und Wähler, die eigentlich ganz gerne wissen, woran sie sind bei den Grünen.

Nouripour: Das kann ich wiederum erklären. Woran wir sind ist, dass wir ...

Schulz: Sie machen mit, daran sind wir.

Nouripour: Das Zentrale ist, dass wir das Grundrecht auf Asyl weiter mit Zähnen und Klauen werden verteidigen müssen. Wir haben die Frage, worum es eigentlich geht, ob es jetzt eigentlich darum geht, ob Frau Meloni jetzt irgendwie ein schöneres Leben hat in Italien, oder ob wir tatsächlich die Leute in den Mittelpunkt schieben, die Schutz suchen. Das ist keine Frage, die wir miteinander diskutieren brauchen, und dafür stehen wir.

Dass man auf dem Weg dahin gerade in einem extrem komplizierten europäischen Umfeld zuweilen Kompromisse machen muss, ist klar. Dass man Grenzen ziehen muss für diese Kompromisse und dass sie nicht endlos und zu jedem Preis sein dürfen, auch.

Schulz: Diese Grenzen – ich glaube, das würden auch die Stimmen von der Grünen-Basis gerne besser verstehen. Ich sehe den Tweet von Timon Dzienus, dem Vorsitzenden der Grünen-Jugend, der sagt, wer glaubt, Rechte und Nazis zu schwächen, indem man deren Ideen europaweit umsetzt, irrt gewaltig. Er hat gestern auch getwittert, wenn ich das richtig sehe, hat Nancy Faeser gerade für die Inhaftierung unschuldiger traumatisierter geflüchteter Kinder gestimmt. Die Debatte, auf die Ihre Partei zuläuft, haben Sie das noch im Griff?

Nouripour: Wir haben eine lange Tradition von harten und substanziellen und respektvollen Debatten miteinander und dementsprechend bin ich da sehr gelassen. Timon hat gerade mit dem ersten Tweet, den Sie beschrieben haben, ja völlig recht. Es geht hier eben nicht darum, dass wir glauben, dass man jetzt irgendwas Hartes machen muss, damit man weniger Leute hat, die die AfD wählen. Das hat noch nie funktioniert und wird niemals funktionieren. Die Unterschiedlichkeit in der Abwägung besteht in der Gesamtüberlegung, Gesamteinschätzung, ob es für die Leute an den Außengrenzen einen signifikanten Unterschied zum Guten macht oder nicht. Ich glaube, dass wir bei einigen Maßnahmen wie Rechtsberatung, bei der Frage von Verteilung, was maßgeblich sein wird, damit das Ganze überhaupt funktioniert, weil die Grenzverfahren im Übrigen, wenn die Verteilung nicht funktioniert, auch ausgesetzt werden – das steht auch in der Vereinbarung drin. Ich glaube, dass wir bei der Gesamteinschätzung sagen können, dass wir nicht so sehr, wie es das braucht, nicht so viel, wie wir uns das wünschen, nicht so viel, wie es aus unserer Sicht die Rechtslage auch hergeben muss, aber signifikant die Situation der Leute an den Außengrenzen verbessern werden.

Schulz: Wenn ich einen Strich darunter mache, für welchen Kurs die Grünen jetzt stehen in der Ampel-Regierung, dann kann ich festhalten: Wer Grün gewählt hat, der hat keine Verkehrswende bekommen, der hat keine Wärmewende bekommen, der hat bisher keine Kindergrundsicherung bekommen, bekommt jetzt aber auch mit Unterstützung der Grünen diese Verfahren an den EU-Außengrenzen. Habe ich da was falsch verstanden?

Nouripour: Ein paar Sachen. Erstens haben wir das Ende vom Verbrenner beispielsweise, was historisch war und was echt auf der Kippe stand. Zweitens wird die Wärmewende kommen. Ich gehe davon aus, dass das notwendige richtige Gesetz dazu bis zum Sommer verabschiedet ist. Wir reden jetzt über die nächsten drei Wochen. Dann gibt es die Kindergrundsicherung, die ist vereinbart. Auch diese wird kommen.

Es ist richtig, dass nicht alles, was bei uns im Wahlprogramm steht, bisher umgesetzt ist. Es wird sicher auch nicht alles umgesetzt im Wahlprogramm, weil wir sind nicht alleine in der Regierung. Und wir sind auch in Europa nicht alleine und diejenigen, die den Ton überall angeben. Aber wir kommen signifikant voran. Wir haben sehr viele Erfolge erzielt. Wenn ich mir überlege, wo dieses Land vor einem halben Jahr stand, dass sehr, sehr viele Leute laut gerufen haben, es wird die Energieversorgung zusammenklappen und der Wutwinter wird kommen und es wird alles fürchterlich, dann ist das nicht so gekommen. Gleichzeitig haben wir es trotzdem geschafft, nicht nur die Energieversorgung ad hoc zu gewährleisten im Hause von Robert Habeck, sondern auch das größte Ausbaupaket jemals für die Erneuerbaren hinzubekommen. Ich wüsste etliche Dinge, die wir miteinander zusammen hinbekommen haben, aber es ist jetzt nicht die Zeit für die Jubelarien. Das ist dann der Wahlkampf.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.